

bildungsstätte anne frank



OTHER STORIES

SEPTEMBER 2016 #2

Mehr als bloß die große Schwester

Zum 90. Geburtstag von Margot Frank

Beate Zschäpe hört U2

Na und? Eine Ausstellung widmet sich den Opfern des NSU

flucht.punkt

Visionen & Kritiken junger Plakatkünstler*innen

Und viele weitere Geschichten

PERSPEKTIVEN
DER BILDUNGSSTÄTTE
ANNE FRANK

Inhalt

Meron Mendel
Grußwort 02

Céline Wendelgafß
**Unser Covergirl: Margot Frank
 wäre 90 Jahre alt geworden 03**

Céline Wendelgafß
**Botschafterin, gutes Gewissen –
 wer ist „Anne Frank“? 04**

Olivia Sarma
**Solidarität mit Betroffenen rechter Gewalt –
 die Beratungsstelle response. 05**

Oliver Fassing und Eva Berendsen
**Den Opfern des NSU und ihren Angehörigen
 verpflichtet: die Ausstellung
 „Es sind noch zu viele Fragen offen“ 07**

Interview: Alexander Kienzle
„Die Aufklärung wird weiter gehen“ 08

Saba Nur Cheema
**[Radi'ka:l] – (Muslimische) Religiosität
 und Radikalisierung? 11**

Nabeela Khan
**Nicht über, sondern mit Geflüchteten sprechen
 Ein Mentor*innenprojekt für Jugendliche 12**

Interview: Rex Osa
**„Wir Aktivist*innen werden als laut
 und radikal wahrgenommen“ 13**

Immer on Tour
**Das Mobile Lernlabor
 „Mensch, Du hast Recht(e)!“ 15**

János Erkens
**Kanäle für Schreihäse
 Hass und antisemitische Hetze im Netz 16**

Andreas Dickerboom
**Ein NS-Dokumentationszentrum
 für Frankfurt 17**

Salomon Korn
**Für Trude Simonsohn - Zum 95. Geburtstag
 einer couragierten Zeitzeugin 18**

Meron Mendel
**Farbe bekennen –
 Walter-Dirks-Preis 2016 19**

News - Neue Publikationen 20

David Wunderlich
Die Selektion von Entebbe? 21

Kommende Geschichten 22

Impressum 22

Liebe Leserinnen und Leser,

vor einem Jahr, als die erste Ausgabe *Other Stories* erschien, haben wir uns vorgenommen, Themen und Positionen sichtbar zu machen, die nicht unbedingt bequem oder besonders geschmeidig in der Vermittlung sind. Wir wollen Sie weder mit den Methodenkatalogen der Pädagogik langweilen, noch möchten wir zeitgeistigen Debattentrends hinterherhecheln. Heute stelle ich fest, wie anspruchsvoll dieses selbst gesteckte Ziel ist – und welche Relevanz es zugleich nach wie vor hat.

Wir haben im vergangenen Jahr erlebt, dass „Skepsis“ und „Ängste“ die politischen und medialen Diskurse in Deutschland und Europa scheinbar komplett bestimmen. Rechtspopulistische und menschenverachtende Positionen werden zunehmend salonfähig. Wie kann sich eine Gesellschaft in diesen Zeiten Mut zusprechen und ihren humanistischen Werten treu bleiben? Was kann politische Bildung heute leisten, um kritisches Denken und Empathiefähigkeit unter jungen Menschen zu fördern?

Es bringt wahrlich nichts, junge Menschen in Moralin zu ertränken. In unserer pädagogischen Arbeit versuchen wir, allen auf Augenhöhe zu begegnen und Menschen Perspektiven aufzuzeigen, die oft zu kurz kommen – sei es das Mentor*innenprogramm, in dem „alteingesessene“ Frankfurter Schüler*innen dazu ausgebildet werden, junge Geflüchtete in ihrem Alltag zu begleiten, oder die Sonderausstellung zum NSU-Komplex, die ausdrücklich nicht das „Terrortrio“, sondern die Opfer und ihre Angehörigen in den Mittelpunkt stellte. Die im vergangenen Jahr in der Bildungsstätte eingerichtete erste hessenweite Beratungsstelle *response* richtet ihr Augenmerk nicht auf die Täter*innen, sondern auf die Betroffenen von rechter und rassistischer Gewalt.

Derweil nimmt unser neues Ausstellungsprojekt zu Anne Frank Konturen an. Wir stecken mitten im kreativen Prozess und freuen uns sehr, Ihnen bald unsere Ideen und – aus unserer Sicht – innovativen Zugänge zu einer „altbekannten“ Geschichte vorzustellen. Das bedeutet natürlich auch, dass wir uns langsam verabschieden müssen von unserer Dauerausstellung, die über zehn Jahre wunderbare Dienste geleistet und mehr als 123.000 junge Menschen erreicht hat - uns mit der Zunahme technischer Zipperlein inzwischen aber auch ganz schön auf Trab hält.

In den vergangenen Monaten haben wir schöne, bewegende und auch sehr entsetzliche Momente erlebt. Auch letztere müssen benannt werden, auch sie stehen zwischen den Zeilen dieser zweiten Ausgabe *Other Stories*, die wir von ganzem Herzen unserer lieben Kollegin Claudia Stix widmen, die im Februar diesen Jahres überraschend von uns gegangen ist. Ihr lebendiges, solidarisches und liebevolles Wesen vermissen wir schmerzlich, jeden Tag.

Ihr Meron Mendel

Direktor der Bildungsstätte Anne Frank

Immer nur die „große Schwester von“?

Unser Covergirl: Margot Frank wäre 90 Jahre alt geworden

Ganz ehrlich: Kaum jemand spricht von Margot Frank. Am 16. Februar wäre „Anne Franks große Schwester“, wie sie von den Jugendlichen meist genannt wird, 90 Jahre alt geworden. Deshalb sollte es an diesem Tag einmal ausschließlich um sie gehen.

Die Beschäftigung mit Margot Frank stellte sich schwieriger heraus als gedacht. Man weiß wenig über Margot, und das, was man weiß, stammt meist nicht von ihr selbst, sondern vorrangig aus der Feder ihrer Schwester: „Ich würde gern ein Jahr nach Paris und ein Jahr nach London gehen, um Sprachen zu lernen und Kunstgeschichte zu studieren. Vergleich das mal mit Margot, die Säuglingsschwester in Palästina werden will“, hat Anne Frank am 8. Mai 1944 in ihr Tagebuch geschrieben. Auch Margot hatte ein Tagebuch geführt – es wurde jedoch nie gefunden. Wie beschäftigt man sich angemessen mit einer Person, von der es nur Fremdbilder, aber keine Selbstaussagen gibt?

Eine abgesicherte Information ist, dass Margot in Frankfurt-Eschersheim auf die Ludwig-Richter-Schule gegangen ist. Dies haben wir zum Anlass genommen, am 16. Februar gemeinsam mit der Schule an sie zu erinnern.

„Wer von Euch hat eine kleine Schwester?“, fragte unsere Bildungsreferentin Deborah Krieg die Dritt- und Viertklässler*innen, die im Foyer der Schule zusammen gekommen waren. Zahlreiche Hände zeigten in die Höhe. Und schon waren sie und Patrick Siegele, Leiter des Anne Frank Zentrums Berlin, im Gespräch mit den Schüler*innen: Wie viele Geschwister habt Ihr? Könnt Ihr die immer leiden? Seid Ihr schon einmal umgezogen? Was sind Eure Träume?

Täglich arbeiten wir in der Bildungsstätte mit Jugendlichen zur Shoa. Sich zusammen mit Grundschüler*innen diesem Themenkomplex anzunähern, ist umso herausfordernder. Die Schüler*innen hatten sich einige Wochen zuvor mit Fotos von Margot, Anne und dem Rest der Familie Frank auseinandergesetzt. So konnten Bezüge hergestellt werden zur Lebensrealität der Kinder. Eine Gruppe hatte eine Collage zusammengestellt, hatte das Foto von

Margots Einschulung mit Bildern des eigenen ersten Schultags kombiniert. So konnten sich die Schüler*innen der Geschichte von Margot Frank und ihrer Familie auf sehr persönlicher Ebene nähern: Einschulung, Zeugnisse, Urlaub mit der Familie oder der Umzug in ein anderes Land – das, was Margot erlebt hatte, konnten viele Schüler*innen mit ihrer eigenen Geschichte verknüpfen. Das erste Zeugnis von Margot Frank hatte der Schulleiter noch im Archiv der Schule gefunden. Die Umstände des Todes von Margot wurden nicht verschwiegen, aber auch nicht explizit thematisiert. Auch junge Kinder wissen schon etwas über die Zeit des Nationalsozialismus. Dass Margot Frank umgebracht wurde, weil sie Jüdin war, war den Schüler*innen nicht neu.

Das Interesse an der Auseinandersetzung war groß. Eine Lehrerin berichtete uns, dass sie sehr überrascht und begeistert sei, dass der Zugang über Margot Frank so gut funktioniert habe. Anne Frank und ihr Tagebuch sind kein geeigneter Stoff für die Grundschule. Der Zugang über Margot als Schülerin ihrer Schule habe sehr gut als Türöffner fungiert. Zumindest den Schüler*innen der Ludwig-Richter-Schule wird Margot nicht mehr bloß als Schwester von Anne in Erinnerung bleiben. Sondern als Margot Frank.

Céline Wendelgaß



Wer ist „Anne Frank“?

Botschafterin, gutes Gewissen: Anne Frank verschwindet hinter dem Bild, das sich die Menschen von ihr machen

Im März 2016 feierte die erste deutsche Kinoproduktion "Das Tagebuch der Anne Frank" Premiere. Der Film inszeniert eine starke Anne Frank, die am Strand in den Niederlanden jugendlichen Nazis couragiert entgegentritt. Die Szene ist nicht überliefert. Betont wurde zwar von den Filmemacher*innen, dass man sich nur auf das Tagebuch berufe und die Sicht Anne Franks die alleinige Erzählperspektive sei – doch erst durch fiktive Momente, die ein Spielfilm sicherlich auch braucht, wird Anne Frank zu einer besonders mutigen Person gemacht.

Anne Frank ist immer wieder aktuell. Dass auch mehr als siebenzig Jahre nach ihrem Tod jährlich neue Filme, Bücher und andere Formen von Erzählungen Einzug in die Öffentlichkeit halten, zeigt deutlich, dass das Interesse am Tagebuch – vielleicht darf man auch von einem Hype sprechen – so schnell nicht nachlassen wird. Jetzt wurde ein Märchenbuch, das Margot und Anne Frank gehörte, für 54.400 Euro versteigert; neue Theorien tauchen auf zu der Frage, wer die Versteckten verraten hat; das Netz wird täglich bereichert von immer phantasievollerer, aus der Feder leidenschaftlicher Hobbyschriftsteller*innen stammender Fan-Fiction.

Das Spektrum der Aneignungsformen öffnet sich, neue Perspektiven auf ein „altes“ Thema kommen hinzu. Deutlich wird dabei vor allem, dass sich die Vereinnahmung Anne Franks als Botschafterin immer stärker ausprägt. Von der Veröffentlichung des Tagebuches an stand Anne Frank nicht nur stellvertretend für die Ermordeten der Shoah, sondern war gleichzeitig Symbol für Humanität, Menschenrechte, für „das Gute im Menschen“, fast eine Art gutes Gewissen.

Anne Frank verschwand hinter dem Tagebuch, zugleich verschwanden Millionen ermordeter Jüdinnen und Juden hinter Anne Frank.

Heute verschwindet Anne Frank häufig hinter den eigenen Perspektiven und Projektionen der Menschen, die sich mit ihr auseinandersetzen und ihr Tagebuch als Bezugsrahmen für ihre Interpretationen sehen. Bei der anstehenden Konzeption einer neuen Dauerausstellung zu Anne Frank und ihrem Tagebuch wird die Frage nach den unterschiedlichen Bedeutungen von Anne Frank und ihrer Symbolkraft zentral für die Auseinandersetzung.

Wer ist Anne Frank? Die Frage mag zwar nicht neu sein, aber sie muss doch immer wieder aufs Neue gestellt werden. Die „richtige“ Antwort wird es nie geben, daher ist die Art und Weise, wie die Frage gestellt wird, entscheidend. Durch das anhaltende Interesse an Anne Frank und ihrem Tagebuch bleiben die Shoah und der Nationalsozialismus thematisierbar. Die Empathie für Anne Frank und ihre Geschichte, die Anerkennung, die ihrer Person auch unter Jugendlichen zukommt, bieten heute immer noch vielen jungen Menschen einen Anlass und eine Folie für die eigene Positionierung und Politisierung. Die Kehrseite dieser Aneignung ist die berechtigte Sorge vor Instrumentalisierung und Verkürzung der Geschichte auf das Schicksal Anne Franks. Der Identitätsübernahme und der Verkürzung der Geschichte entgegenzutreten, wird Aufgabe der neuen Dauerausstellung in der Bildungsstätte sein. Das Tagebuch der Anne Frank enthält mindestens so viele Botschaften wie Leser*innen. Der Austausch über die eigenen Interpretationen muss immer wichtiger Teil der historischen und politischen Bildungsarbeit sein.

Céline Wendelgaß

„Anne Frank. Morgen mehr.“

wird die neue Dauerausstellung der Bildungsstätte Anne Frank. In Frankfurt wurde Anne Frank geboren, hier wohnen heute Menschen aus mehr als 170 Nationen. In Frankfurt entsteht ein interaktiver Lernort zu Antisemitismus, Rassismus und

Diskriminierung in Vergangenheit und Gegenwart, der sich an alle richtet, die sich in der vielfältigen Gesellschaft zu Hause fühlen möchten. Sie können „Anne Frank. Morgen Mehr“ unterstützen!

www.bs-anne-frank.de/morgenmehr

Solidarität mit Betroffenen statt Täter*innenfixierung und Verharmlosung

Mit response. hat die erste hessenweite Beratung für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt ihre Arbeit aufgenommen.

*„In the end we will remember not the words of our enemies, but the silence of our friends.“
Martin Luther King*

Der Gerichtsprozess gegen den Schützen, der im April eine Unterkunft für Geflüchtete im hessischen Hofheim mit einer Druckluftwaffe beschossen hatte, macht ein strukturelles Problem deutlich: Die Richterin hatte verweigert, dass die Aussagen der angegriffenen Geflüchteten verlesen werden – mit der Begründung, dass deren Befindlichkeiten nichts zur Sache täten. Die NPD-Aufkleber, die bei dem Angeklagten gefunden wurden, blieben im Prozess unerwähnt. Das Urteil lautete: Verwarnung wegen Sachbeschädigung.

So passiert es immer wieder: Die Perspektiven der Betroffenen von rechter und rassistischer Gewalt werden relativiert oder als unwichtig erachtet. Stattdessen findet eine Täter*innenfixierung statt, die Tatmotive werden ausgeblendet und verharmlost. In politischen Debatten und medialen Diskursen geht es vorwiegend um Geflüchtete als Bedrohung und kaum um die vielfältigen Bedrohungssituationen, denen die Geflüchteten ausgesetzt sind: Im Wochentakt werden Angriffe auf Geflüchtete und deren Unterkünfte gemeldet. Rechte und rassistische Gewalt in Deutschland bleibt ein Problem. Nur die wenigsten Fälle werden aufgeklärt.

Das Signal an die Täter*innen ist verheerend: Ihre Taten haben selten angemessene Konsequenzen, z.B. strafrechtlicher Art. Für die Betroffenen sind die Folgen allerdings umso weitreichender. Ängste und Verunsicherung nehmen zu, viele fühlen sich schutzlos und alleingelassen. Die Befürchtung wächst, dass diese Verhältnisse von einer großen Mehrheit nicht wahrgenommen und problematisiert werden. Mit response. hat Anfang 2016 die erste, von Bund und Land geförderte Beratungsstelle

ihrer Art in Hessen ihre Beratungsarbeit in der Bildungsstätte Anne Frank aufgenommen. Wir haben den Auftrag, Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt zu beraten und zu unterstützen. response. bietet psychosoziale Beratung an, informiert zu rechtlichen Fragen, regt Solidarisierung im Umfeld an und tritt für die Stärkung der Perspektiven der Betroffenen ein – sei es durch Gespräche mit relevanten Akteur*innen wie Schulleitung, Polizei und Verwaltung im Rahmen von Beratungen, sei es durch Veranstaltungen wie den Fachtag „Changing Perspectives“ oder Interventionen in öffentliche Diskurse durch Teilnahmen an Podiumsdiskussionen. response. ist im Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt VBRG organisiert und bundesweit mit anderen Beratungsstellen vernetzt.

Die Beratungsanfragen bei response., die Komplexität der Fälle, die Schwere der Angriffe und die Problemlagen durch die Folgen der Angriffe für die Betroffenen nehmen zu. Jeder Fall ist anders. Die Betroffenen sind es, die den Weg vorgeben und entscheiden. Sie bringen auch immer einiges an Stärke und Ressourcen mit. Wir sind zunächst Lernende, Zuhörende, Fragende. Und erst dann Beratende. Wir haben nicht immer Antworten. Aber die Beratungsnehmenden dürfen erwarten, dass ihnen von response. relevante Informationen und Kontakte zur Verfügung gestellt werden – zu Ermittlungsverfahren oder Gerichtsprozessen, Rechtsanwältinnen oder Psycholog*innen, zur Beantragung finanzieller Hilfe und zur Möglichkeit, ihre Rechte einzufordern. Es tauchen immer wieder Fragen zu Asylverfahren, therapeutischen Möglichkeiten, gesundheitsbezogenen Themen etc. auf, die unsere Kompetenzen überschreiten, aber Teil der Betroffenheit und der Verarbeitungsmöglichkeiten sein können. Es heißt für uns, dass wir solidarisch und parteilich arbeiten und die Vernetzung mit Akteur*innen, die bereits im Feld des Empowerment und der Selbstorganisation aktiv und erfahren sind, vorantreiben.

Das Beratungsteam von response. bündelt ganz unterschiedliche Kompetenzen und Perspektiven von Menschen mit und ohne Rassismus- und



Diskriminierungserfahrungen, die Brücken zu Beratungsnehmenden bauen. Mögliche geteilte Erfahrungen können Vertrauensbildung erleichtern, Themen besprechbar machen, Verständigung ermöglichen.

Zur Diskussion steht die Frage, wie ein aufsuchender Beratungsansatz und eine angemessene Kontaktaufnahme mit Betroffenen, z.B. nach einem Angriff, gelingen kann: Klopfen wir an der Krankenhaustür an? Schicken wir ein offizielles Schreiben? Ist das eine zu aufdringlich, die Alternative zu verhalten? Wir wissen es nicht. Aber wir können Betroffene fragen, ob Unterstützung gewünscht ist – und akzeptieren, was uns geantwortet wird.

Es gibt einen paternalistischen Helferimpuls, der nicht fragt, der von etwas ausgeht, der projiziert. Ibrahim Arslan, Überlebender des Brandanschlags in Mölln im Jahr 1992, und seine Familie haben sich von den offiziellen Gedenkritualen der Stadt Mölln distanziert, die eine Gedenkkultur etabliert hat, ohne die Familie einzubinden, gar zu fragen, was sie sich wünscht. Das Beispiel macht deutlich, dass es nicht an Ideen, gutem Willen und Handlungsmöglichkeiten für Menschen fehlt, die „was tun“ möchten. Was es allerdings noch immer dringend braucht, ist die Anerkennung der Tatsache, dass die Protagonist*innen die Betroffenen selbst sind. Ibrahim Arslan führt seit den 2000er Jahren einen Kampf des Reclaim – des Zurückforderns der

Deutungshoheit von Betroffenen, der Selbstbestimmung über das, was mit ihrem Verlust, ihrer Verletzung und ihren Erinnerungen passiert. Als Beratungsstelle lernen wir von Ibrahim Arslan und von anderen Betroffenen rechter Gewalt.

Dass es response. nun in dieser institutionalisierten Form in Hessen gibt, ist ein gutes Zeichen – und Ergebnis jahrelanger Bemühungen, die Opfer- und Betroffenenperspektive sichtbar zu machen. Wir alle müssen der rechten und rassistischen Gewalt etwas entgegensetzen, uns positionieren – und uns vor allem solidarisch mit den Betroffenen zeigen.

Olivia Sarma

response. Beratung für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt:

response. wird im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!« durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie im Rahmen des Landesprogramms »Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus« durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport gefördert. Wir bemühen uns u.a., rechte und rassistische Übergriffe und Ereignisse in Hessen in einer Chronik zu dokumentieren. Lassen Sie uns wissen, wenn Sie von Vorfällen Kenntnis nehmen.

www.response-hessen.de

Und Beate Zschäpe hört U2

Ja und? Die Ausstellung zum NSU-Komplex stellt die Opfer, ihre Angehörigen und Alliierten in den Mittelpunkt

Es ist fast schon absurd, mit wie vielen offenen Fragen wir es zu tun haben. Und umso intensiver man sich mit dem NSU-Komplex beschäftigt, umso mehr Fragen, Leerstellen und Widersprüche tauchen auf. Die Aussage von Gamze Kubaşık, Tochter des achten Opfer des sog. Nationalsozialistischen Untergrunds, Mehmet Kubaşık, bringt es auf den Punkt: „Es sind noch zu viele Fragen offen“.

Es sind noch zu viele Fragen offen, was das Netzwerk des NSU betrifft: Wir wissen inzwischen zwar ungefähr über den Sektkonsum von Beate Zschäpe und ihren Musikgeschmack Bescheid, der Prozess in München konnte allerdings nicht umfassend klären, von wem die Terrorzelle im Untergrund wie unterstützt wurde. Was ist heute möglicherweise noch übrig von diesem Netzwerk – welche Akteur*innen sind weiterhin aktiv? Es sind auch zu viele Fragen offen in Bezug auf die Rolle des Verfassungsschutzes. Das gilt besonders für Hessen, wo der Verfassungsschützer Andreas Temme zum Zeitpunkt des Mordes an Halit Yozgat am Tatort gewesen ist. Es sind aber auch noch zu viele grundsätzliche gesellschaftliche Fragen offen im fünften Jahr nach der Selbstenttarnung des NSU, das betrifft besonders den Umgang mit rechter und rassistischer Gewalt: Was wird heute getan gegen den institutionellen Rassismus bei der Polizei? Wie können Betroffene von rassistischer Gewalt unterstützt werden? Wer hört ihre Stimmen, wie lauten ihre Forderungen? Was zu der virulenten Frage führt, welche Schlüsse wir aus dem NSU ziehen in einer Zeit, in der die Zahl rechter Gewalttaten drastisch gestiegen und wieder von einem Aufrüsten der rechten Szene die Rede ist.

„Wo waren wir, als die Presse von ‚Dönermorden‘ berichtete?“, fragte Juliane Karakayalı auf der Podiumsdiskussion in der Bildungsstätte das Publikum und sich selbst. Manche der Angehörigen der NSU-Mordopfer hatten bereits frühzeitig auf ein

rassistisches Motiv hingewiesen, im Sommer nach den Morden an Mehmet Kubaşık und Halit Yozgat hatten sie unter dem Titel „Kein 10. Opfer“ zu Schweigemärschen in Dortmund und Kassel aufgerufen. Ihre Perspektiven wurden von der Polizei zurückgewiesen. Stattdessen wurden bei den ermittelnden Behörden bestehende Ressentiments reproduziert, die Familien der Ermordeten verdächtigt und die Sicht von den Medien unhinterfragt übernommen. Selbst die sich „kritisch“ nennende Öffentlichkeit hat die Stimmen der Angehörigen nicht angehört.

Das ist teilweise auch heute noch der Fall: Ismail Yozgat, Vater des am 6. April 2006 in Kassel ermordeten Halit Yozgat, hat von Beginn an den Wunsch geäußert, vor dem Hessischen Untersuchungsausschuss in Wiesbaden auszusagen, der 2014 eingerichtet wurde. Nun wird er wohl die Person sein, die vom UA als letzte geladen wird. Bis heute wird seinen Erfahrungen, seinem Wissen und seinen Forderungen die gebotene Anerkennung verwehrt: Seit Jahren kämpft die Familie darum, dass in Kassel die Holländische Straße, auf der Halit Yozgat sein Internetcafé betrieb und umgebracht wurde, in Halitstraße umbenannt wird. Stattdessen hat die Stadt einen bislang namenlosen Platz in Halitplatz umbenannt.

Während die Wünsche von Betroffenen rechter Gewalt regelmäßig übergangen werden, richtet sich das allgemeine Interesse vor allem auf die Täter*innen. Beim NSU wird das durch die – auch medial in Szene gesetzte – Ikonografie des Kerntrios besonders drastisch. Auch die staatlichen Programme gegen Rechtsextremismus haben jahrelang den Fokus auf Prävention und Hilfe zum Ausstieg gelegt, statt die Opferberatungen oder stärkende Projekte für die (potentiell) Betroffenen angemessen zu fördern. Das ändert sich allmählich, doch immer noch muss für die Anerkennung der Betroffenenperspektive gestritten werden.

Nach Bildern von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe suchte man in der Ausstellung „Es sind noch zu viele

„Es sind noch zu viele Fragen offen...“ – Verhandlungen über den NSU-Komplex

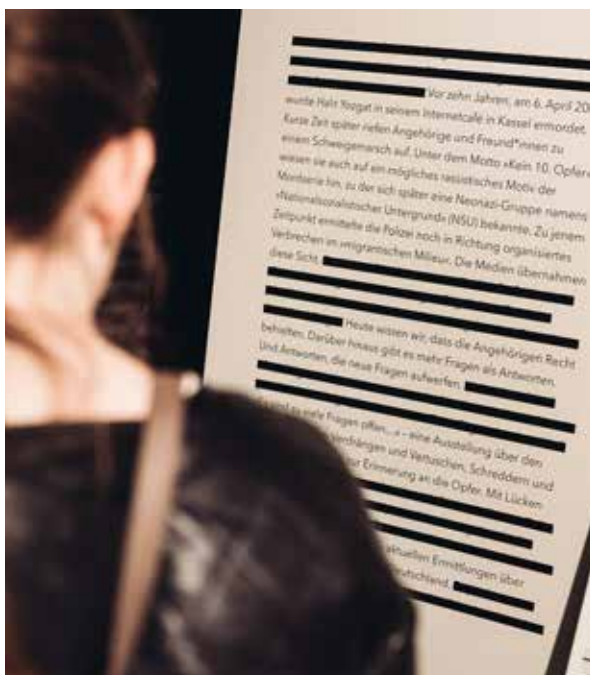
Die Ausstellung und das Programm wurden in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen umgesetzt.

Fragen offen“ in der Bildungsstätte Anne Frank jedenfalls vergeblich. Im Mittelpunkt standen die Biografien der zehn Mordopfer: Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdođru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter.

Dazu fanden sich Zitate ihrer Angehörigen, Interviews mit Betroffenen der Nagelbombenanschläge in Köln 2004, Dokumentationen der Initiative NSU-Watch Hessen, die Installation „BlackBox“ der Frankfurter Künstlerin Olcay Acet – und ein Interview mit İbrahim Arslan, Überlebender des Brandanschlages in Mölln 1992, das zeigt: Rassistische Gewalt hat Kontinuität in der Bundesrepublik – vor und nach dem NSU.

Wie wird aber aus Empörung gelebte Solidarität? Wie ein adäquater Umgang mit rassistischer Gewalt aussehen kann, was Betroffene nach einer solchen Erfahrung brauchen und wie sie unterstützt werden können – das Wissen darüber liegt bei den Betroffenen selbst. Was die Mordserie des NSU betrifft, so liegt es vor allem bei den Angehörigen und ihren Alliierten. Ihre Erwartungen an den NSU-Prozess in München sind inzwischen deutlich abgeschwächt. Deshalb laden sie gemeinsam mit vielen weiteren Initiativen vom 17. bis 21. Mai 2017 ins Schauspiel Köln zu einem zivilgesellschaftlichen Tribunal über rassistische Gewalt in Deutschland.

Oliver Fassing und Eva Berendsen



„Die Aufklärung wird weiter gehen“

Drei Fragen an einen Anwalt: **Alexander Kienzle** vertritt die Familie des ermordeten Halit Yozgat im NSU-Prozess in München.

Herr Kienzle, wir wissen heute, dass die Polizei in der Mordserie, die damals noch unter „Ceska-Morde“ firmierte, meist die Familien der Mordopfer verdächtigte. Was geschah im Fall Yozgat?

Zunächst nahm die Polizei die Familie Yozgat in den Fokus ihrer Mordermittlungen – obwohl es keine objektiven Anhaltspunkte dafür gab. Neben den üblichen Zeugenvernehmungen musste sich die Familie also auch gefallen lassen, dass in ihrer Telekommunikation und ihren Finanzen ermittelt wurde, teilweise bis in das familiäre Umfeld in der Türkei hinein. Es wurden auch verdeckte Ermittler auf die Familie angesetzt, die herausfinden wollten, warum und an wen das Internetcafé verkauft werden sollte und ob das etwas mit der Straftat zu tun hat. Sogar während der Trauerfeier für den kurz zuvor ermordeten Halit durchsuchte die Polizei die Wohnung der Yozgats – das zeigt, wie bedrückend und unerträglich die Situation für die Familie war. Trotzdem haben sich Yozgats während der gesamten Ermittlung hochgradig kooperativ verhalten und eigene Ideen eingebracht: So äußerte Herr Yozgat gegenüber einem Vertrauensbeamten der Kasseler Polizei den Verdacht, dass es sich bei dem Täter um einen Rechtsradikalen handle. Wie wir heute wissen, war das genau der richtige Ansatz zur Aufklärung der Morde.

Im Gegenzug zu der Wahnsinnsgeduld, mit der die Yozgats diese Ausnahmesituation ertragen haben, fordern sie nun, dass die verstrickten staatlichen Stellen wie das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) sich ähnlich transparent zeigen wie sie es ja auch mussten.

Sie vertreten im NSU-Prozess in München die Familie Yozgat in der Nebenklage. Das Versprechen der Bundeskanzlerin nach einer vollständigen Aufklärung der Morde und Anschläge des NSU hat der Prozess nicht einlösen können. Wie groß ist die Enttäuschung bei den betroffenen Familien?

Das ist eine relativ schwierige Frage, weil der Familie natürlich auch klar war, dass der NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht in München nicht primär dafür da ist, ein Versprechen der Bundeskanzlerin einzulösen. In München geht es vielmehr um die individuelle Verantwortung von Frau Zschäpe und den anderen Angeklagten. Trotzdem sind durch diese Aussage von Frau Merkel natürlich riesige Erwartungen geschürt worden und entsprechend immens ist die Enttäuschung: Insbesondere die VS-Behörden stellen zwar auf Nachfrage immer wieder einzelne Informationen zur Verfügung, tragen bei Weitem aber nicht zu einer vollumfänglichen Aufklärung bei. Allein in Hessen sind nach wie vor Akten geschwärzt oder nur teilweise zugänglich. Fünf Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU tritt man größtenteils auf der Stelle. Das ist frustrierend, aber die Familie ist zum Glück weit davon entfernt, ihre Forderungen fallen zu lassen oder aufzugeben.

Wie sollte es nach dem bald anstehenden Abschluss des NSU-Prozesses in Sachen Aufklärung der Verbrechen weitergehen? Was kann die Zivilgesellschaft tun?

Nach wie vor laufen ganz viele politische Bemühungen um weitere Aufklärung, so hat sich erfreulicherweise der Bundestag zu einem zweiten Untersuchungsausschuss durchgerungen. In Nordrhein-Westfalen läuft der Untersuchungsausschuss weiter, ebenso in Hessen, wo insbesondere die Rolle des LfV beim Mord an Halit Yozgat geklärt werden muss; das kann nur gelingen, wenn das LfV die Unterstützung für den ehemaligen Mitarbeiter Andreas Temme aufgibt, der zur Tatzeit am Tatort war, und die entsprechenden Akten aus dem Jahr 2006 zur Verfügung stellt. Aber auch nach Abschluss des Prozesses und der Untersuchungsausschüsse wird die Aufklärung weiter gehen, denn es gibt viele Akteure, die ein großes Interesse daran haben. Auch die Zivilgesellschaft stellt weiterhin Forderungen nach Aufklärung. *Die Fragen stellte Céline Wendelgaß.*



»Fehlt die Möglichkeit zur Aufklärung oder der Wille?«

Tülin Özüdođru

[Radi'ka:l]

(Muslimische) Religiosität und Radikalisierung – eine problematische Verknüpfung

Häufig werden religiöse Ausdrucksformen in der säkularen Gesellschaft als extrem, radikal oder gar anti-demokratisch gewertet. Religionsgemeinschaften werden anerkannt, doch die Integration ihrer Alltagsroutinen wird oft problematisiert. Sind religiöse Menschen gleichzeitig radikale Menschen?

Neun von zehn Leser*innen werden bei der Lektüre der ersten Zeilen bereits an den Islam, an Muslim*innen und an Terrorismus gedacht haben.

„Der Islam“ wurde in öffentlichen Debatten zu einer rückständigen und potentiell gewalttätigen Religion erklärt. Muslim*innen stehen unter Generalverdacht, potentiell radikalisiert, gewaltbereit und demokratiefeindlich zu sein. Diese Wahrnehmung hat unmittelbaren Einfluss auf das pädagogische Miteinander, denn muslimisch markierte Jugendliche werden auf ihre (vermeintliche) religiöse Zugehörigkeit reduziert – anders als Zugehörige anderer Religionen.

Das in Deutschland vorherrschende Narrativ über den Islam ist direkt verknüpft mit Gewalt und Terror. Das Bild des Buddhismus und Hinduismus etwa wird von friedlichen und besinnlichen Aspekten bestimmt. Die Gewaltakte, die von diesen Religionen auch ausgehen, werden von der Erzählung über die Radikalität von Religion abgekoppelt. Um nur ein Beispiel zu nennen: Der rechtsradikale Massenmörder Anders B. Breivik hatte seine Taten auch mit

christlich-fundamentalistischen Motiven begründet. Dennoch wurden christliche Gemeinden im Anschluss an den Terrorakt nicht aufgefordert, sich öffentlich in aller Deutlichkeit von Terrorismus zu distanzieren.

Im pädagogischen Miteinander werden vermeintlich religiöse Handlungen oft als Radikalisierungsprozess gedeutet: Weil sich eine Gruppe von Schüler*innen einen Gebetsraum in der Schule wünscht, gelten sie als radikal(isiert). Die Wahrnehmung von muslimischer Religiosität als besonders gefährlich steht in unmittelbarem Zusammenhang mit politischen und medialen Diskursen. Wird ein*e Konvertit*in zum Buddhismus als gefährlich eingestuft? Eher nicht.

Um ein gleichberechtigtes Miteinander von verschiedenen Religionen und Zugehörigkeiten zu etablieren, ist eine Korrektur des einseitig negativen Images dringend geboten. Ein erster Schritt wäre es, demokratische Gegennarrative zuzulassen: Es geht darum, muslimische Religiosität als etwas ganz Normales anzuerkennen. Während wir uns von den Fremdschreibungen verabschieden, die den „bösen Islam“ und die „gefährlichen Muslim*innen“ produzieren, sollten bestehende demokratische Gegennarrative von (Nicht-)Muslim*innen gehört, geteilt und anerkannt werden.

Saba Nur Cheema

Der Text erscheint in einer Langfassung in der Broschüre von Saba N. Cheema (Hrsg.): „(K)Eine Glaubensfrage“, 2016.

[Radi'ka:l] – Umgang mit Radikalisierung und radikalisierten Jugendlichen im pädagogischen Alltag

Die Bildungsstätte Anne Frank bietet in Kooperation mit dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt Unterstützung in konkreten Konfliktlagen und langfristige Begleitung und Stärkung im pädagogischen Alltag. Gefördert vom BMFSJ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben!“

Nicht über, nicht für – sondern mit Geflüchteten sprechen

Ein Mentor*innenprojekt für neue und alt-ingesessene Frankfurter*innen

Hoffnung: ist eine innerlich zuversichtliche Haltung der Menschen, die nach Deutschland fliehen, um hier ein neues Zuhause für sich zu finden...

Hoffnung: ist etwas, das Jugendliche dazu motiviert, an unserem Projekt teilzunehmen und etwas Positives zu bewirken...

Hoffnung: ist die Chance eines neuen Projektes mit Begegnungen auf Augenhöhe...

*Aus diesen Gründen haben wir unser Mentor*innenprojekt für jugendliche Geflüchtete Omid genannt. Denn Omid bedeutet auf Türkisch, Farsi und Urdu: Hoffnung.*

Als Einrichtung der historisch-politischen Bildungsarbeit haben wir uns gefragt, wie gemeinsame Momente zwischen geflüchteten und nicht-geflüchteten Jugendlichen jenseits des heftig umstrittenen Diskurszusammenhangs ermöglicht werden können. Denn ein solches Projekt findet natürlich nicht im luftleeren Raum statt. Wenn wir uns damit auseinandersetzen, wie das Thema medial verhandelt wird, wie über Geflüchtete berichtet wird und welche (Sprach)Bilder kursieren – da ist im Katastrophenjargon von „Wellen“, einem „Ansturm“, einer „Krise“ die Rede – umso deutlicher wird, welche Herausforderung ein solches Vorhaben ist. Aber auch, welche Chancen es bietet.

In unserer Mentor*innen-Ausbildung versuchen wir, einen Perspektivwechsel anzuregen: Statt einer Haltung, die Wissen von oben herab vermittelt, haben wir auf eine Begleitung gesetzt, die sich an den Bedarfen der Geflüchteten orientiert. Die Lebensrealitäten von Geflüchteten spielen ebenso eine wesentliche Rolle wie die Sensibilisierung für Alltagsrassismen und Diskriminierung. Ein weiterer Baustein der Ausbildung für Mentor*innen ist die Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex „Helfen“. Wie sieht der*die ideale Helfer*in aus? Die Jugendlichen beschäftigen sich zum Beispiel in einer Übung damit, wann sie persönlich in ihrem Leben schon einmal Unterstützungsbedarf hatten, was ihnen dabei wichtig war, was ihnen persönlich geholfen hat – und was eher nicht. Sie sollen ihre eigene Rolle als Mentor*in kritisch reflektieren und ein Bewusstsein dafür entwickeln, weder über, - und schon gar nicht für, - stattdessen mit den geflüchteten Jugendlichen zu sprechen. Das heißt, ihnen zuzuhören, ihre diversen Perspektiven und Ressourcen, die sie alle mitbringen, wahrzunehmen und anzuerkennen. Der Ansatz der Peer Education nimmt hier eine Schlüsselrolle ein. Im Vordergrund steht, dass Jugendliche mit Gleichaltrigen bestens von- und miteinander lernen können. So ermöglicht dieser Ansatz insbesondere in der Bildungsarbeit mit geflüchteten und nicht-geflüchteten Jugendlichen Begegnungen auf Augenhöhe, bei denen sich Jugendliche über den schulischen Kontext hinaus gemeinsam grenzenlos solidarisieren.

Nabeela Khan

Omid – Gemeinsam Grenzenlos

Das Pilotprojekt wird vom Bildungsdezernat der Stadt Frankfurt unterstützt. Schüler*innen der IGS Eschersheim werden dabei zu Mentor*innen ausgebildet und begleiten dann ihre Mentees, welche erst seit kurzem in Frankfurt zuhause sind.

„Wir Aktivist*innen werden als laut und radikal wahrgenommen“

REX OSA floh 2005 von Nigeria nach Deutschland und stellte einen Antrag auf politisches Asyl. Den Kontakt mit den zuständigen Ämtern hat er als besonders diskriminierend und kontrollierend erlebt. Seit Jahren setzt er sich dafür ein, dass sich Geflüchtete vernetzen und gegen die problematischen Zustände zur Wehr setzen. Als Mitglied unserer Jury im diesjährigen Plakatwettbewerb „flucht.punkt“ hat Osa, der sich selbst als Flüchtlingsaktivist bezeichnet, einen besonderen Blick für die Perspektive der Betroffenen.

Die Themen Flucht und Asyl sind politisch aufgeladen und sehr komplex. Was hältst Du davon, dass Jugendliche sich in Form eines Plakatwettbewerbs damit beschäftigen?

*Ich bin sehr beeindruckt von den Entwürfen und der Vielfalt der Ansätze, die sich darin zeigen. Bei dem Plakat mit der Aufschrift „Grenzen sind sowas von 1989“ musste ich grinsen. Ein anderes Plakat erinnert daran, dass die Großeltern vieler Menschen, die sich als „deutsch“ verstehen, einen Migrationshintergrund haben. Beide Plakate zeigen, dass die Gestalter*innen sich nicht nur mit der gegenwärtigen Diskussion um Flucht auseinandergesetzt, sondern einen Blick in die Vergangenheit gewagt haben.*

*Ich finde es großartig, dass die Jugendlichen sich Zeit genommen und die Mühe gemacht haben, um über das Thema Flucht nachzudenken. Es ist wichtig, sie zu sensibilisieren, denn sie werden die Politiker*innen und Sozialarbeiter*innen von morgen sein!*

Du bietest seit einigen Jahren Workshops für Jugendliche an. Wie laufen die ab und was ist Dir dabei wichtig?

*Bis 2014 habe ich mich politisch vor allem in Form von Demonstrationen engagiert. Dabei habe ich aber gemerkt, dass uns Aktivist*innen oft kein Verständnis entgegengebracht, sondern wir als laut und radikal wahrgenommen wurden. Nur wenigen Menschen ist wirklich bewusst, dass niemand ohne Grund flieht! Dieses Verständnis wollte ich schon bei Jugendlichen wecken. Darum erzählen wir in den Workshops, aus welchen Gründen wir geflüchtet sind. Viele denken vor*

allem an Krieg, aber wir versuchen auch, den Mythos vom „Wirtschaftsflüchtling“ zu entkräften: Denn Wirtschaft und Politik hängen eng zusammen. Dazu setzen wir auch am eigenen Lebensumfeld der Jugendlichen an und sagen zum Beispiel: In Eurem Handy sind Teile, für deren Produktion in anderen Ländern Kinder arbeiten. Das Auto, das Ihr zum 18. Geburtstag bekommen habt, besteht aus Rohstoffen, die nicht in Deutschland produziert wurden.

Es geht also um das Verständnis globaler Ungleichheiten?

Ja, und um Empathie, denn sie ist die Grundlage der Solidarität!

Apropos Solidarität: Inwiefern kann Kunst beim Thema Flucht eine solidarische Wirkung haben?

*Kunst ist zuallererst einmal ein gutes Mittel, um die Menschen auf das Thema Flucht aufmerksam zu machen. Aber Kunst kann auch widerständig sein und die oder den Betrachter*in in Konflikte bringen. Zum Beispiel das bereits erwähnte Bild von den zwei Frauen, das uns daran erinnert, dass wir alle eine Migrationsgeschichte haben: Es kann Betrachter*innen dazu bringen, ihre eigene Involviertheit zu reflektieren. Kunst kann unbequem sein, indem sie einfach ein Stück der Wirklichkeit zeigt.*

*Hat es eigentlich einen bestimmten Grund, dass Du Dich als „Flüchtlingsaktivist“ bezeichnest? In Unterstützer*innenkreisen und auch vielen Medien liest und hört man diesen Begriff immer seltener...*

*(Lacht) „Geflüchteter“, „Illegalisierter“ oder „Refugee“ sind für mich eher akademische Begriffe. Den Begriff Flüchtling haben wir Aktivist*innen uns schon vor vielen Jahren angeeignet. Rein rechtlich gilt er nur für Personen, die als Flüchtlinge anerkannt sind. Wir benutzen den Begriff aber, um zu zeigen, dass wir uns selbst als Flüchtlinge anerkennen – unabhängig von einer staatlichen Legitimation.*

Die Fragen stellten

Eva Berendsen und Céline Wendelgafß.

flucht.punkt – ein bundesweiter Plakat-Wettbewerb der Bildungsstätte Anne Frank

Was beschäftigt Jugendliche und junge Erwachsene, wenn es um Flucht und Asyl geht? Welche Fragen stellen sie? Was stört sie? Was wünschen sie sich für die Zukunft?

Mehr als 600 junge Künstler*innen aus ganz Deutschland haben ihre Ideen auf Plakate gebracht. Auch aus den USA und Polen wurden Arbeiten eingereicht. Die Rechte von Geflüchteten stehen dabei im Mittelpunkt der künstlerischen Auseinandersetzung.

Nach den erfolgreichen Jugendkunstwettbewerben „Anne Frank Heute“ (2014) und „Mensch, Du hast Recht(e)!“ (2015) wurde der diesjährige Plakatwettbewerb wieder durch die Unterstützung von **William Blair & Company** ermöglicht. Darüber hinaus wurde das Projekt unterstützt vom **Amt für Multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt**, der **Bundeszentrale für politische Bildung**, dem **Hessischen Flüchtlingsrat**, **Pro Asyl** und **Project Shelter**.

Eine Auswahl der besten Plakate wurde bis August in der Bildungsstätte Anne Frank gezeigt.

www.bs-anne-frank.de/projekte/kunstwettbewerb



Arvin Nesselhauf



Kimberly Hestermann



Anna-Sophie Böschek

Immer on Tour: Das Mobile Lernlabor „Mensch, Du hast Recht(e)!“



In zahlreichen Orten und Gemeinden in Deutschland hat das innovative Ausstellungsformat der Bildungsstätte Anne Frank seit 2015 Station gemacht, um Jugendliche für Rassismus und Diskriminierung in ihrem direkten Umfeld zu sensibilisieren. Unter Jugendlichen ist es ausgesprochen beliebt, denn es

vermittelt Wissen nicht von oben herab, sondern möchte sein Publikum herausfordern, irritieren – und aktivieren. An zahlreichen interaktiven Stationen werden sie herausgefordert – zum Mitmachen und Querdenken, zum Diskutieren und Träumen.

Kanäle für Schreihälse

Die 7. Blickwinkel-Tagung zum Thema „Kommunikation“ verhandelte auch das Thema Hass und antisemitische Hetze im Netz

Zum Glück sind die gesellschaftlichen Verhältnisse (noch) nicht so, wie sie mit Blick auf die Debatten im Internet erscheinen – sonst wäre die AfD an der Regierung. „Sie hat auf Facebook mehr Fans als die etablierten Parteien“, sagte die österreichische Redakteurin und Buchautorin Ingrid Brodnig in ihrem Vortrag über Antisemitismus im Netz. „Und die Kommentare auf deren Seite sind oft extrem verletzend.“ Brodnig hatte besonders die antisemitischen Äußerungen und Rhetoriken auf Facebook und Twitter in den Blick genommen.

„Auseinandersetzungen werden heftig geführt, sind emotional aufgeladen, argumentativ widersprüchlich und oftmals gewaltvoll“, lautet das Fazit von Judith Rahner, die für die Amadeu Antonio-Stiftung eine Untersuchung von Kommentaren vorgelegt hat, die muslimische Jugendliche während des Gaza-Krieges 2014 auf Facebook gepostet hatten. Doch die Ursache für Hass und Hetze liegt aus Sicht der Expertinnen nicht im Internet. „Das sind gesellschaftliche Probleme, die im Netz in konzentrierter Form sichtbar werden“, sagte Brodnig.

Denn das Netz ist ein praktisches Instrument für all jene, die Hass zur Normalität machen wollen – nicht nur in Bezug auf Antisemitismus, sondern auf praktisch jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Denn die Algorithmen etwa von Facebook sorgen dafür, dass die stark kommentierten Beiträge ein noch größeres Publikum bekommen: „Dadurch wird Schreihälsen mehr Aufmerksamkeit geschenkt als jenen, die sachlich diskutieren.“ Zudem schotteten sich Verschwörungstheoretiker*innen, „besorgte Bürger“ und Neurechte in Facebook-Gruppen von anderen Meinungen ab – und bestätigten sich gegenseitig mit oftmals falschen Informationen.

Diese unkritisch verbreiteten Falschinformationen sind ein geeigneter Ansatz, um mit einer pädagogischen Arbeit anzusetzen, die sich gegen Hate Speech in Sozialen Netzwerken richtet: „Man sollte den Jugendlichen vermitteln, dass sie nicht alles glauben dürfen, was sie im Netz sehen oder lesen“, riet Judith Rahner. Brodnig nahm vor allem die Betreiber der entsprechenden Social-Media-Plattformen in die Pflicht: Facebook beispielsweise müsse seine Kommentarspalten stärker auf hasserfüllte Inhalte überprüfen und gegebenenfalls auch juristische Schritte einleiten: „Sonst fallen Tabus, die nicht fallen dürfen.“

Auch wenn das Internet die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht exakt widerspiegelt, darf Hate Speech im Internet nicht ignoriert werden. Verbale Gewalt geht tätlichen Angriffen oft voraus.

János Erkens



Tagungsreihe „Blickwinkel“ wird fortgesetzt

Nach drei erfolgreichen Tagungen in den Jahren 2014 bis 2016 freuen wir uns darauf, dass die Tagungsreihe **Blickwinkel – Antisemitismuskritisches Forum für Bildung und Wissenschaft** noch weitere zwei Jahren fortgesetzt werden kann. Die Hauptfinanzierung für 2017 und 2018 übernimmt das Bundes-

ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“. Blickwinkel wird von der Bildungsstätte Anne Frank, der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, dem Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin und dem PZ des Fritz Bauer-Instituts des Jüdischen Museum Frankfurt veranstaltet.

Aus dem Verein

Ein NS-Dokumentationszentrum für Frankfurt

Es ist Zeit für einen Ort, der alle Aspekte der NS-Vergangenheit angemessen und ausgewogen darstellt

Ein deutlicher Schwerpunkt der Erinnerungskultur in Frankfurt liegt in der Behandlung der jüdischen Geschichte und des Holocaust. Das Jüdische Museum wird zurzeit aufwändig erweitert, die Ausstellung „Jüdisches Leben im Ostend“ im Bunker an der Friedberger Anlage wurde komplett überarbeitet, ebenso das kürzlich neu eröffnete Museum Judengasse, in dessen direkter Nachbarschaft sich der Gedenkort in Erinnerung an die ehemalige Synagoge am Börneplatz sowie der alte jüdische Friedhof befindet. Nicht zu vergessen die neue Gedenkstätte an der ehemaligen Großmarkthalle auf dem Gelände der heutigen EZB, von wo aus Tausende Frankfurter Juden in die Vernichtungslager deportiert worden waren. Auf dem Campus Westend ist das renommierte Fritz-Bauer-Institut beheimatet, das sich der Erforschung und Vermittlung des Holocaust widmet.

Weitere Orte der Erinnerung sind die Bildungsstätte Anne Frank, das Historische Museum und das ehemalige Polizeigefängnis Klapperfeld, das von einer studentischen Gruppe betrieben wird. Und nicht zuletzt wetteifern im besten Wortsinne diverse, meist ehrenamtlich betriebene Organisationen, Vereine und Initiativen darum, die Erinnerung an die unterschiedlichsten Aspekte der NS-Zeit wachzuhalten: u.a. die Stolperstein-Initiative, der Förderverein Roma, die Antifa, der neu gegründete Förderverein „KZ Katzbach/Adlerwerke“, „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, der „Studienkreis Deutscher Widerstand“ oder der VVN/BdA. Zudem engagieren sich beachtliche bürgerschaftliche Initiativen in Stadtteilen wie Gallus oder Rödelheim.

So weit, so gut.

Woran es mangelt, ist die Vernetzung, wie sie etwa in Wiesbaden oder Mainz anlässlich des Holocaust-Gedenktags rund um den 27. Januar durch gemeinsame Planung von Museen, Organisationen, Vereinen und



Foto: Aljoscha Walther

Initiativen gelingt. In Frankfurt hingegen arbeiten die Akteure oft nebeneinander oder für sich allein.

Um eine angemessene und differenzierte Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Geschichte Frankfurts zu ermöglichen, bedarf es vor allem eines NS-Dokumentationszentrums, das die verschiedenen Aspekte des Nationalsozialismus mit lokalem und regionalem Fokus aufzeigt und alle Opfergruppen und Formen des Widerstands würdigt. Solche Häuser existieren bereits in Köln, München oder Nürnberg, in Mannheim und Mainz sind sie in konkreter Planung. So könnte der Missstand beseitigt werden, dass NS-Opfergruppen wie die „Euthanasie“-Geschädigten, Roma und Sinti oder Zwangsarbeiter*innen in der Erinnerungskultur kaum Berücksichtigung finden.

Die Stadt Frankfurt sollte sich angesichts der vielen Museen, die allein das Sachsenhausener Ufer zieren, endlich dazu durchringen, die Einrichtung eines solchen Dokumentationszentrums zu ermöglichen. Die Initiative dazu hat Jan Gerchow, Direktor des Historischen Museums Frankfurt, bereits angestoßen.

Andreas Dickerboom

Der Autor ist Regionalsprecher des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, Vorstandsmitglied des Vereins der Bildungsstätte Anne Frank sowie des Fördervereins KZ Katzbach/Adlerwerke.

Für Trude

Die couragierte Zeitzeugin, leidenschaftliche Witzeerzählerin und unsere liebe Freundin Trude Simonsohn hat mit uns ihren 95. Geburtstag gefeiert. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, *Prof. Dr. Salomon Korn*, hat eine bewegende Laudatio gehalten, die wir hier in Auszügen abdrucken.

„... ,dann schwindet bei mir jede Angst vor einem hohen Alter“

„Ich war ein glückliches Kind“ – diese Feststellung ist, wie keine andere, Zugang und Schlüssel zu ihrem bewegten Leben, vor allem aber zu ihrem, einem Wunder gleichenden Überleben während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft.

Und wenn ich Trude treffe und sie anschau, dann schwindet bei mir jede Angst vor einem hohen Alter. Immer wieder habe ich mich gefragt, wie es, nach allem, was sie erlebt und durchlitten hat, möglich ist, sich diese leuchtende, dem Leben zugewandte Ausstrahlung zu bewahren. (...)

In ihren Erinnerungen schreibt sie, es sei zur Zeit ihrer Kindheit nicht üblich gewesen, dass Kinder ihre Meinung äußerten und auch mal den Eltern widersprachen: Sie durfte es und verdankt vor allem ihrer Mutter, frei, weltoffen und demokratisch erzogen worden zu sein und ihrem Vater das offene und aufgeschlossene Verhältnis zur jüdischen Identität. (...)

„Wer von uns Lebenden darüber sprechen kann“, so Trude Simonsohn über die jenseits unserer

Vorstellungskraft liegenden Verbrechen der Nationalsozialisten, „der sollte darüber sprechen. Das sind wir den Ermordeten schuldig.“ Doch es gibt, wie die blockierten Erinnerungen von Trude Simonsohn und anderen KZ-Überlebenden belegen, Grenzen des Mitteilbaren, die durch tief verdrängte traumatisierende Erinnerungen unüberschreitbar bleiben. (...)

Was immer auch die Gründe sein mögen: Trude Simonsohn zählt zu jenen, deren Lebenswille nach dem Inferno ungebrochen war. Neuanfang und Wiederaufbau nach jeder Zerstörung als Vermächtnis der Geschichte des eigenen Volkes bestimmten ihr Leben, und darin bezog sie stets die Gemeinschaft, der sie gehörte und zugehört, in Solidarität mit ein.

Sie ist eine hervorragende Witzeerzählerin, eine ihrem ungewöhnlichen Lebensweg abgetrotzte, reaktive Eigenschaft. Mit Vorliebe erzählt sie antimilitaristische Witze und solche, die Autoritäten infrage stellen, wie zum Beispiel den folgenden: Zwei junge Israelis werden zur Marine eingezogen. Fragt der Ausbilder: „Können Sie schwimmen?“, sagt der eine Rekrut zum anderen: „Siehste, Schiffe haben sie auch keine.“

Liebe Trude, ich wünsche dir und uns, dass du so bleibst wie du bist in deinem nicht nachlassenden Bewusstsein des dir nach Auschwitz geschenkten Lebens uns allen noch viele Jahre weiterhin so große Freude bereitest wie bisher – und das mindestens bis 120!



Farbe bekennen

Die Bildungsstätte Anne Frank wurde für ihre „vorzügliche historisch-politische Bildungsarbeit“ mit dem Walter-Dirks-Preis 2016 ausgezeichnet. Wir drucken eine gekürzte Fassung der Dankesrede von *Meron Mendel*

Das erste Wort hat Anne Frank: „Warum müssen die Menschen Hunger leiden, wenn in anderen Teilen der Welt die überflüssige Nahrung wegfaut?“, notierte Anne Frank am 3. Mai 1944 in ihr Tagebuch. Die damals 14-Jährige kommt zu einem deprimierenden Schluss: „Im Menschen ist nun mal ein Drang zur Vernichtung, ein Drang zum Totschlagen, zum Morden und Wüten, und solange die ganze Menschheit, ohne Ausnahme, keine Metamorphose durchläuft, wird alles, was gebaut, gepflegt und gewachsen ist, wieder abgeschnitten und vernichtet, und dann fängt es wieder von vorn an.“

Diese Passage kam mir in den Sinn, als ich die Schriften von Walter Dirks las. 1983 sorgte der Publizist für Aufsehen, als er sich weigerte, den Goethepreis der Stadt Frankfurt anzunehmen, weil die Auszeichnung im Vorjahr an Ernst Jünger gegangen war: „In der Zeit, wo meine Generationen und Kollegen in den späten 20er Jahren gegen den drohenden Faschismus kämpften, da haben wir die Verklärung des Krieges, die Ästhetik der Gewalt, die Ernst Jünger vertreten hat, als den Gegner empfunden ... Und da muss man in den Fronten, in denen man heute steht, Farbe bekennen“.

Nach dem Krieg beschäftigte sich Dirks zusammen mit Theodor W. Adorno mit der „eigentlichen deutschen Frage“, nämlich der Frage nach der Demokratiefähigkeit der deutschen Gesellschaft nach 1945, die für die historisch-politische Bildungsarbeit bis heute ähnlich zentral ist wie Adornos berühmter Imperativ – „die Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung.“ Kann denn das Wissen über die Shoa gegen aktuelle Gefahren von Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit immunisieren?

Auf den ersten Blick scheint Dirks Forderung nach einer Verantwortungsübernahme der BRD für die Taten im NS in Erfüllung gegangen zu sein – man nehme etwa die offiziellen Gedenkveranstaltungen am 9. November oder das Holocaust-Mahnmal im Herzen von Berlin. Allerdings erleben wir auch, dass die Sprache der Gedenkrituale die Ereignisse aus dem historischen Kontext reißt und damit auch

von den politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Aspekten entkoppelt. Mit dem Anspruch, die Vergangenheit „bewältigen“ zu können, etabliert sich im Rahmen einer ritualisierten Gedenkkultur ein neues Bewusstsein, indem Deutschland als „Weltmeister der Erinnerungskultur“ inszeniert wird.

Zu selten wird reflektiert, was der Anspruch des „aus der Geschichte lernen“ für die Bildungspraxis bedeutet. Uns begegnen immer wieder Pädagog*innen, die – mit den allerbesten Absichten – Jugendliche mit Vergleichen aus der NS-Zeit überfordern. Wenn es beispielsweise um Mobbing, Diskriminierung oder Gewalt an der Schule geht, argumentieren Lehrende oft aus der Geschichte des NS heraus. Problematisch ist nicht nur, dass hier Geschichte instrumentalisiert wird; ich erlaube mir auch, die Wirksamkeit eines solchen Ansatzes in Frage zu stellen: Aus der Sozialpsychologie wissen wir, dass es kontraproduktiv ist, soziales Lernen mit einer historischen Last zu beladen oder das historische Wissen mit einer moralischen Gebrauchsanweisung zu vermitteln. Unsere Erfahrung zeigt, dass aktive Aneignungsprozesse und die Entwicklung eigenständiger Deutungen und Bewertungen viel nachhaltiger wirken als vorgefertigte Glaubenssätze.

Menschenrechte und Demokratie können nicht allein über den Abgrund der Geschichte begründet werden. Sie sind auch eine gesellschaftliche Errungenschaft: eine wahrlich gute Geschichte, in der Individuen ihre Rechte durchsetzen und Minderheiten sich emanzipieren konnten. Das ist freilich eine andere Lesart als jene, die Anne Frank im Mai 1944 in ihrem Tagebuch vorlegte. Anne Frank hat natürlich auch Recht – ihr Schicksal gibt ihr Recht. Und doch ist Geschichte zugleich von Ambivalenzen gekennzeichnet.

Für unsere Zeit – wenn Rassismus und Rechtspopulismus immer mehr Raum in der Öffentlichkeit einnehmen – ist die Menschenrechtsbildung von besonderer Relevanz. Wir sollten den Mut haben zu begreifen, dass rassistische Weltbilder mit dem Untergang von Nazi-Deutschland alles andere als komplett verschwunden sind. Menschenfeinde versuchen, die „Gunst der Stunde“ zu nutzen, um diese Ideen (wieder) salonfähig werden zu lassen. Ich überlasse Walter Dirks das letzte Wort: „Und da muss man in den Fronten, in denen man heute steht, Farbe bekennen“.

Ausgezeichnet! Walter Dirks-Preis für Menschenrechte

Der Preis wird alle zwei Jahre vom **Haus am Dom** und dem **Haus der Volksarbeit** verliehen. Nach Einschätzung der Jury leistet die Bildungsstätte eine „vorzügliche historisch-politische Bildungsarbeit, die nicht zuletzt wegen aktueller menschenfeindlicher Tendenzen im Land wichtig“ sei.

News

Neue Publikationen der Bildungsstätte Anne Frank

Saba Nur Cheema (Hrsg.):

(K)eine Glaubensfrage?

Religiöse Vielfalt im pädagogischen Miteinander

Grundkenntnisse und praktische Empfehlungen für Schule und außerschulische Bildungsarbeit (im Erscheinen)

Der Sammelband bündelt theoretische Überlegungen von ausgewiesenen Wissenschaftler*innen und praktische Empfehlungen erfahrener Bildungsexpert*innen zu einem umstrittenen Diskursfeld. Die Broschüre ist nach Erscheinen kostenfrei zum Download als PDF verfügbar. Die Druckversion ist ab Herbst 2016 auf Anfrage erhältlich.

Damit Sie nichts verpassen:

Melden Sie sich für unseren Newsletter an!

Susanne Heyn, Deborah Krieg, Meron Mendel:

Deutscher Kolonialismus – Ein vergessenes Erbe? Postkolonialität in der rassismuskritischen Bildungsarbeit

Neben theoretischen Grundlagen vermittelt die Broschüre pädagogische Ansätze zur Analyse postkolonialer und rassistischer Bilder und Stereotype in der heutigen Gesellschaft sowie methodische Empfehlungen, wie diesen im postkolonialen Lernraum begegnet werden kann. Die Broschüre greift auf Erfahrungswerte zurück, die im Rahmen eines von der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung, Zukunft" geförderten Bildungsprojektes gesammelt wurden. Der Austausch mit der Frankfurter Gruppe der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) war dabei besonders ergiebig. Die Publikation ist kostenfrei zum Download als PDF verfügbar. Die Druckversion ist für 3 Euro zzgl. Porto auf Anfrage erhältlich.

Bildungsstätte Anne Frank:

„Mensch, Du hast Recht(e)!“ –

ein Katalog zum Plakatwettbewerb

Der Katalog präsentiert eine Auswahl an Plakaten und Kommentaren des Plakatwettbewerbs zum Thema "Mensch, du hast Recht(e)". Er ist in limitierter Auflage erschienen, gegen eine Spende und auf Anfrage erhältlich.

www.bs-anne-frank.de/publikationen



Selektion von Entebbe?

Ein studentisches Ausstellungsprojekt zur Flugzeugentführung vor 40 Jahren

Am 27. Juni 1976 brachten zwei aus Frankfurt kommende Terrorist*innen der Revolutionären Zellen gemeinsam mit palästinensischen Mitgliedern der PFLP eine Air France-Maschine auf ihrem Weg von Tel Aviv nach Paris unter ihr Kommando und entführten es auf den Flughafen der damaligen ugandischen Hauptstadt Entebbe. Zunächst hielten die Entführer*innen 270 Menschen gefangen, später wurde ein Teil der Geiseln freigelassen. Eine der Geiseln berichtete, die Entführer*innen hätten dabei nach israelischer Staatsangehörigkeit unterschieden. Eine andere Geisel sagte, dass von einer Liste »jüdische Namen« verlesen und die übrigen Geiseln freigelassen wurden. Eine Woche später, am 4. Juli, wurde die Entführung durch eine israelische Militäraktion – „Operation Thunderbolt“ – beendet, bei der mindestens 30 Personen getötet wurden.

Die Aufteilung der Geiseln durch Deutsche, die einige der jüdischen Fluggäste an die nationalsozialistische Verfolgung erinnerte, wurde im Anschluss als antisemitische Selektion gewertet – sowohl in den Filmen, die kurz darauf im Kino liefen, als auch in den sich anschließenden Debatten in Medien und Wissenschaft. Viele Fragen sind dabei offen. Quellenkritische Untersuchungen beschäftigen sich noch heute damit, wie die Trennung der Geiseln verlief. Die Uneindeutigkeit über die Ereignisse nach der Landung verweist auf die Kontingenz von Geschichtsschreibung. Diese prinzipielle Offenheit will eine Gruppe von Geschichtsstudent*innen im Ausstellungsprojekt

»Selektion von Entebbe?« aufzeigen. Ausgehend von Äußerungen der Betroffenen und Zeitzeug*innen rekonstruieren sie die Geschehnisse und deren mediale und gesellschaftliche Rezeption, sie machen offene Fragen und Widersprüche kenntlich.

Wie wurde das Ereignis von den Betroffenen wahrgenommen und eingeordnet? Wie wurde es in der israelischen Gesellschaft rezipiert? Wie wurde im postnationalsozialistischen Deutschland darüber verhandelt? Wie wurde über „Entebbe“ in der deutschen Linken diskutiert, die sich in Teilen der eigenen Antisemitismen nicht bewusst war und ist? Und wie entstand das Narrativ von der »Selektion von Entebbe« als bewusst antisemitischer Akt?

Die Ausstellung und das begleitende Programm gehen diesen Fragen nach, blicken zugleich auf aktuelle Formen von Antisemitismus, der heute meist im Sprechen über den Staat Israel zum Ausdruck kommt, auf Schuldabwehrmechanismen beruht und/oder Täter*innen und Opfer verkehrt. Dabei sollen Betroffene von antisemitischer Gewalt Gehör finden, ohne dass deren Erfahrungen vereinnahmt werden.

David Wunderlich

Ausstellungsprojekt »Selektion von Entebbe?«

Die Ausstellung wurde von einer Gruppe von acht Studierenden der Geschichtswissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt unter Leitung von Dr. Torben Giese und Dr. Markus Häfner erarbeitet. Das Begleitprogramm wird in Kooperation mit der **Evangelischen Akademie Frankfurt** und der **Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen** veranstaltet. Das Projekt wird gefördert von der **Partnerschaft für Demokratie Frankfurt** und dem **Verein der Freunde und Förderer der Goethe-Universität**.

www.bs-anne-frank.de/ausstellungen/selektion-von-entebbe/

Ein studentisches Ausstellungsprojekt

DIE SELEKTION VON ENTEBBE?

Do, 21.09.2016, 18.00 Uhr:
VERNISSAGE

Bildungsstätte Anne Frank
Hansaallee 150, Frankfurt/Main
Dienstag – Freitag: 12.30 – 17.00 Uhr
Sonntag: 12.00 – 18.00 Uhr
bs-anne-frank.de/selektion-entebbe

21.09.2016 – 31.01.2017
Bildungsstätte Anne Frank

to be continued ...

Antidiskriminierungsstelle des Landes Hessen

Die Bildungsstätte Anne Frank übernimmt die Trägerschaft der hessischen Antidiskriminierungsstelle, um die sie sich zusammen mit verschiedenen Betroffeneninitiativen und Selbstorganisationen aus der Region erfolgreich beworben hat.

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Die Bildungsstätte Anne Frank übernimmt die Landeskoordination des bundesweit größten Schulnetzwerkes „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Das Projekt wendet sich gegen alle Formen von Diskriminierung. Bis jetzt war Hessen das einzige Flächenland ohne Landeskoordination. Die Aufgabe ist, die Aktiven an den Courage-Schulen in ihrer Arbeit zu unterstützen und mit Akteur*innen der politischen Bildung zusammenzubringen. Es gibt viel zu tun!

Sonderausstellung: Holocaust im Comic

Können Comics Zeitgeschichte ernsthaft beleuchten? Findet nicht nahezu automatisch eine Verharmlosung statt? Die Ausstellung setzt sich differenziert mit Holocaust-Abbildungen in Comics auseinander und regt zur reflektierenden Lektüre an.
25. Januar bis 15. März 2017

Impressum

Bildungsstätte Anne Frank e.V.
Hansaallee 150
60320 Frankfurt am Main
Tel. +49.69 56.000-20
info@bs-anne-frank.de
www.bs-anne-frank.de

© Bildungsstätte Anne Frank 2016

Herausgeber

Dr. Meron Mendel (Direktor)

Redaktion

Eva Berendsen, Deborah Krieg,
Meron Mendel, Céline Wendelgaß

Redigat

Eva Berendsen, János Erkens,
Helen Gold, Céline Wendelgaß

Gestaltung

Studio Mihajlovic

Titelfoto

Anne Frank Fonds Basel

Weitere Fotos der Ausgabe

Bildungsstätte Anne Frank
(wenn nicht anders angegeben)

Auflage

3.000

Erscheinungsweise

einmal jährlich

Copyright

Bildungsstätte Anne Frank
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur nach
schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Bildungsstätte Anne Frank
Hansaallee 150
60320 Frankfurt am Main
T +49.69.56000-20

info@bs-anne-frank.de
www.bs-anne-frank.de

»Wenn ich jetzt in den Raum frage,
wer die Namen aller NSU-Opfer
nennen kann – die meisten würden
schweigen. Aber alle kennen die
Namen der drei Täter.«

Bündnis »NSU-Komplex auflösen«

Alle kennen Anne Frank – nur wenige wissen, dass sie aus Frankfurt kommt. Im Stadtteil, in dem Anne aufgewachsen ist, finden Sie die Bildungsstätte Anne Frank: ein Ort, an dem sich die Besucher*innen mit der Geschichte des Nationalsozialismus und ihren vielfältigen Bezügen zur Gegenwart auseinandersetzen können. In der politischen Bildungsarbeit für Jugendliche und Multiplikator*innen greifen wir aktuelle Diskurse und Konflikte auf. Unser Team berät im Fall von Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung, und fördert den Austausch von Theorie und Praxis. Neben der Dauerausstellung zu Anne Frank zeigen wir wechselnde Sonderausstellungen, die sich mit Fragen zum Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft befassen. Unser Demokratielabor zu Menschenrechten ist seit 2014 auf Tour.